

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

politisches

Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

Oktober 94

07.10.1989 Vor 5 Jahren: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“

15.10.1989 Vor 5 Jahren: Friedenspreis für Václav Havel

16.10.1989 Vor 5 Jahren: „Wir sind das Volk!“

16.10.1991 Vor 3 Jahren: Entscheidung für das „Euro-Korps“

23.10.1954 Vor 40 Jahren: Unterzeichnung der „Pariser Verträge“

28.10.1969 Vor 25 Jahren: Erste Regierungserklärung Willy Brandts

29.10.1949 Vor 45 Jahren: Flüchtlingswelle aus der DDR

30.10.1949 Vor 45 Jahren: Besatzungstruppen räumen Bonn

31.10.1949 Vor 45 Jahren: Die Bundesrepublik nimmt am Marshallplan teil

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“

Am 7. Oktober 1989 - heute vor fünf Jahren - feiert die SED-Führung in Ost-Berlin den 40. Jahrestag der Gründung der DDR. Richtiger: sie läßt feiern, und zwar wie gehabt - mit Militärparade und mit organisierten Massenaufmärschen. Während ihr Zehntausende über die „sozialistischen“ Nachbarländer nach Westen davonlaufen und sich im Inneren die Opposition formiert, klammert sich die SED hilflos an die überlebten Rituale ihrer eigenen Machtdarstellung. Noch vor kurzem hat Honecker gereimt: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Jetzt muß er feststellen, daß ausgerechnet der Besuch des prominentesten Geburtstagsgasts wie ein Fanal wirkt: schon am Vortag ist der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow auf dem Weg vom Flughafen ins Stadtzentrum von großen Menschenmengen mit „Gorbi, hilf uns“-Rufen begrüßt worden. Die Gespräche mit Honecker - ob im kleinen oder im großen Kreis - werden von Teilnehmern später als gespenstisch beschrieben; die Gerontokraten an der Spitze der SED können oder wollen nicht verstehen, was Gorbatschow schon zu den Menschen und zu den Reportern auf der Straße gesagt hat: „Gefahren erwarten nur jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Seine Appelle an Honecker, „Korrekturen“ vorzunehmen, verhallen ungehört. Der abendliche Staatsempfang im „Palast der Republik“ gerät zur Götterdämmerung; während innen gefeiert werden soll, dringen von draußen die Rufe von Demonstranten herein: „Freiheit, Freiheit!“

Dort finden derweil die größten Aufmärsche gegen die SED seit dem gescheiterten Aufstand des 17. Juni 1953 statt - und zwar nicht nur in Ost-Berlin, sondern auch in Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam. Dabei kommt es zu brutalen Übergriffen der Sicherheitsorgane. Während im „Palast der Republik“ Polka gespielt wird, rufen die Menschen draußen: „Stasi raus!“ - „Wir bleiben hier!“ - „Gorbi, hilf uns!“

Dieser hat einen Honecker erlebt, der auch nicht einen Fingerbreit von seinem geraden Kurs in den Abgrund abzuweichen gedenkt. Zurück in Moskau gibt Gorbatschow seine bisherige Zurückhaltung auf und verlangt von der SED öffentlich Reformen und Veränderungen. Buchstäblich in aller Munde ist jetzt sein Ausspruch, mit dem der Sprecher des sowjetischen Außenamts das Fazit aus Gorbatschows Unterredungen mit Honecker gezogen hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

An Honecker erfüllt sich diese Prophezeiung nur zehn Tage nach den Jubelfeiern des 7. Oktober. Am 17. wird er von den Mitgliedern des SED-Politbüros, die inzwischen fürchten müssen, sonst an seiner Seite unterzugehen, in bester stalinistischer Tradition aller seiner Ämter entkleidet und vollständig entmachtet; am folgenden Tag wird sein politisches Ende von einer Sondersitzung des ZK der SED abgesegnet und öffentlich bekanntgemacht. Zum Nachfolger wird Honeckers langjähriger „Kronprinz“ Egon Krenz ausgerufen - aber auch für ihn und alle anderen SED-Führer wird Gorbatschows Diktum schon bald in Erfüllung gehen.

Friedenspreis für Václav Havel

Am 15. Oktober 1989 - heute vor fünf Jahren - wird in der Frankfurter Paulskirche, wie alljährlich üblich, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels vergeben. Der Preisträger des Jahres 1989 kann jedoch nicht anwesend sein - und das hat seine Gründe. Mit der auch international beachteten und renommierten Auszeichnung wird in Abwesenheit der Dramatiker Václav Havel geehrt, seit Jahren einer der mutigsten und engagiertesten Kritiker und Bürgerrechtler in der spät-stalinistisch regierten CSSR. Mit seinem Namen eng verbunden ist die „Charta 77“; jenes Dokument des Freiheitswillens und der Bürger- und Menschenrechte, das für den niemals ganz erstickten Widerstand gegen das kommunistische Zwangsregime in Prag steht.

Die Urkunde für den Preisträger wird symbolisch auf einen freien Platz in der ersten Reihe der Paulskirche gelegt; weil ihm die Behörden in Prag die Ausreise verweigert haben, verliest der Schauspieler Maximilian Schell die Dankesrede des Geehrten. Darin rechnet Havel, der seit zwei Jahrzehnten in seiner Heimat keine Bücher mehr veröffentlichen darf und mehrfach im Gefängnis gesessen hat, hart mit den Verhältnissen im „realen Sozialismus“ ab. In seiner Heimat sei das Wort „Sozialismus“ von einem „magnetischen Synonym für eine gerechtere Welt“ schon längst zu einer „gottlosen Beschwörung“ und einem „ganz gewöhnlichen Gummiknüppel“ geworden, mit dem frei denkende Mitbürger in den Rücken geschlagen würden.

Erstmals bei einer Friedenspreisverleihung hat sich auch der Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland unter die Festgäste eingereiht; Bundeskanzler Helmut Kohl gibt damit demonstrativ zu erkennen, wem die Sympathien des demokratischen Deutschlands gehören.

Noch ehe das Jahr vorbei ist, haben sich die innenpolitischen Machtverhältnisse in der CSSR grundlegend gewandelt. Auch in diesem Land des untergehenden „Ostblocks“, im Zentrum des alten Kontinents, werden die kommunistischen Kader vollständig entmachtet. „Das Herz Europas schreit nach Freiheit“, steht auf handgemalten Plakaten in Prager Schaufenstern. Am 29. Dezember 1989 wird der jahrzehntelang verfemte und verfolgte „Dissident“ Václav Havel zum ersten demokratischen Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt; tags zuvor ist Alexander Dubcek, der Vater des legendären Prager Frühlings, der 1968 unter Führung der Sowjetunion - und mit Hilfe der DDR - militärisch niedergeschlagen worden ist, zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden.

Václav Havel erweist sich in den bewegten und hektischen Monaten des Jahres 1990, als die Wiedervereinigung Deutschlands unaufhaltsam näherrückt, als guter Nachbar und zuverlässiger Verfechter des Rechts aller Deutschen auf Selbstbestimmung. Er erklärt öffentlich: „Angst vor einem vereinigten Deutschland habe ich nicht, denn ich bin ganz sicher, daß es demokratisch und friedfertig sein wird, daß es auch seine Zukunft in Europa sieht und radikale Kräfte keine Chance haben werden.“

“Wir sind das Volk!”

Am 16. Oktober 1989 - heute vor fünf Jahren - kommt es zur bis dahin größten oppositionellen Massendemonstration in der Geschichte der DDR seit dem Aufstand des 17. Juni 1953. In Leipzig formiert sich nach den traditionellen Friedensgebeten in fünf Kirchen ein Protestzug von über 120.000 Menschen, der unbehelligt von den uniformierten Sicherheitskräften bleibt. Als zivile Stasi-Mitarbeiter versuchen, einzelne Plakate aus den Händen der Demonstrierenden zu reißen, antworten ihnen Sprechchöre: „Keine Gewalt!“, „Wir sind erwachsen!“ Transparente fordern: „Neue Männer braucht das Land.“ Immer wieder erschallt der Ruf: „Wir sind das Volk!“ Und - fast drohend - skandieren Tausende trotzig: „Wir bleiben hier!“ - Sie spielen damit auf die Tatsache an, daß die seit Wochen anhaltende Massenflucht aus der DDR sich noch weiter verstärkt und beschleunigt: innerhalb der letzten 24 Stunden sind wiederum über 1.500 Menschen von Ungarn nach Österreich und von dort weiter in den Westen Deutschlands geflüchtet, und die Bonner Botschaften in Prag und Warschau werden weiterhin von Tausenden Menschen aus der DDR als „Durchgangsstation“ in die Bundesrepublik benutzt. Gut eine Woche nach den mißglückten Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR steht das SED-Regime mit dem Rücken zur Wand. Am gleichen Abend, an dem in Leipzig 120.000 auf die Straße gehen, um grundlegende Reformen zu verlangen, fordern auch in Magdeburg, in Dresden, in Halle und in Plauen Tausende eine radikale Veränderung der bisherigen Politik des Politbüros.

Aber es sind die Menschen in Leipzig, der „Heldenstadt“, die die Situation der DDR an diesem 16. Oktober 1989 auf den Punkt bringen: „Erich, leit' Reformen ein oder geh' ins Altersheim“, rufen sie immer wieder. Selbst das Stasi-Ministerium sieht die Lage inzwischen ähnlich. In einer internen Bilanz kommt es am 16. Oktober - sozusagen aus professioneller Sicht - zu einem vernichtenden Fazit: sogar langjährige SED-Mitglieder, so heißt es da, lasteten „die Verantwortung für die innenpolitische Lagezuspitzung“ vor allem „der Parteiführung der SED“ an. Sie habe „durch eine uneinsichtige Haltung und starres Festhalten“ an einer verfehlten Politik „die Zuspitzung der politischen Entwicklung“ mitverschuldet und damit „schweren Schaden für die SED und die DDR herbeigeführt“.

Erst jetzt, fünf Minuten nach zwölf, kommt die SED auf den Gedanken, ihren bisherigen Generalsekretär abzusetzen. Aber diejenigen, die sich nun zur handstreichartigen Entmachtung Honeckers zusammentun - Krenz, Mielke, Stoph - , sind just dieselben, die über Jahrzehnte und buchstäblich bis zur allerletzten Minute seine treuesten Gefolgsleute gewesen sind. Kein Wunder deshalb, daß Egon Krenz, der sich zwei Tage nach der Leipziger Demonstration am Abend des 18. Oktober im DDR-Fernsehen als neuer „Hoffnungsträger“ präsentieren will, von vornherein auf verlorenem Posten steht.

Entscheidung für das „Euro-Korps“

Am 16. Oktober 1991 - heute vor drei Jahren - treten Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident Francois Mitterrand mit neuen Vorschlägen zur europäischen Sicherheitspolitik an die Öffentlichkeit. Die Westeuropäische Union (WEU), der neun der zwölf EG-Mitglieder angehören, soll schrittweise „zur Verteidigungskomponente“ der künftigen Europäischen Politischen Union ausgebaut werden. Wie zuvor schon in vielen anderen Bereichen der Europapolitik, wollen Frankreich und Deutschland auch auf diesem Feld gemeinsam eine Vorreiterrolle übernehmen; Kohl und Mitterrand verständigen sich deshalb zugleich auf die Bildung eines deutsch-französischen Armee-Korps; seine 50.000 Soldaten könnten den Kern eines künftigen „europäischen Korps“ bilden.

Die von Bonn und Paris ausgehende Initiative muß im Zusammenhang mit dem folgenden EG-Gipfel von Maastricht gesehen werden; hier werden knapp zwei Monate später, im Dezember 1991, die Weichen für eine Währungs- und Wirtschaftsunion sowie für eine noch engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik gestellt.

Im Mai 1992 machen Kohl und Mitterrand bei ihrem Treffen in La Rochelle ihre Ankündigung wahr und beschließen die Aufstellung des neuen Großverbands: Das „Euro-Korps“ unterstreicht nicht nur die enge militärische Zusammenarbeit der beiden Nachbarn, sondern stellt diese zugleich in eine betont europäische Perspektive. Angesichts von Bedenken einiger NATO-Staaten, die deutsch-französische Initiative könne eine Schwächung der nordatlantischen Allianz und eine allmähliche Lösung Deutschlands aus dem Bündnis zur Folge haben, bekräftigen der Bundeskanzler und der französische Präsident ausdrücklich, daß das Europäische Korps nach seiner Aufstellung 1995 sowohl der WEU als auch der NATO für Aufgaben im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung und für friedenssichernde und humanitäre Aufgaben zur Verfügung stehen wird. Im Dezember 1992 folgt ein besonderes Abkommen mit der NATO, welches die Bedingungen für einen Einsatz des Korps im Rahmen der Allianz regelt.

Wieder sind es Bonn und Paris, wieder sind es Mitterrand und Kohl, die in enger Kooperation dem europäischen Einigungsprozeß neue Impulse geben und - trotz aller Schwierigkeiten - auch neue Felder gemeinsamer Politik erschließen. Denn natürlich wird Europa auf lange Sicht nur dann Gewicht in der Welt haben, wenn es lernt, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend mit einer Stimme zu sprechen. Auf diesem Weg ist dem „Euro-Korps“ von seinen Schöpfern eine richtungweisende Rolle zugeordnet.

Weltweites Aufsehen hat das „Euro-Korps“ im Sommer dieses Jahres erregt: Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, sind nicht nur Helmut Kohl und Felipe Gonzalez Ehrengäste Präsident Mitterrands; sondern in den Reihen des „Euro-Korps“ nehmen neben Soldaten aus anderen EU-Ländern auch Angehörige der Bundeswehr an der traditionellen Parade auf den Champs-Élysées teil.

Unterzeichnung der „Pariser Verträge“

Am 23. Oktober 1954 - heute vor 40 Jahren - werden in Paris die Weichen für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Fünf Jahre nach Gründung des westdeutschen Teilstaats nimmt die Bonner Nachkriegsrepublik endgültig und unwiderruflich Kurs auf die gleichberechtigte Mitgliedschaft im Klub der freiheitlichen Demokratien des Westens.

Erst in der Nacht zuvor sind die letzten Hindernisse aus dem Weg geräumt worden. Vor allem der Versuch Frankreichs, dem Vertragspaket nur um den Preis der dauernden Loslösung des Saargebiets vom Bund zuzustimmen, hat buchstäblich bis zur letzten Stunde alles in Frage gestellt. Doch dann einigt sich Bundeskanzler Adenauer in der letzten Nacht mit dem französischen Ministerpräsidenten auf den Kompromiß des Saarstatuts (das entgegen französischen Erwartungen schon 1957 zur Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland führt).

Am Nachmittag des 23. Oktober 1954 ist es endlich soweit: im Quai d'Orsay unterzeichnen der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France, der britische Außenminister Anthony Eden, der amerikanische Außenminister John Foster Dulles und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer die „Pariser Verträge“. Das Konvolut der Abmachungen - bestehend aus dem revidierten und aktualisierten Deutschlandvertrag von 1952, dem Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes, den Verträgen über den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU) und zur NATO, dem Saarstatut und weiteren flankierenden Verträgen - nötigt den deutschen Kanzler, der zugleich als Außenminister der Bundesrepublik amtiert, zu einem wahren Marathon: er muß insgesamt 76 Unterschriften leisten.

Aber nun ist er wirklich am Ziel: nach der Ratifizierung der Verträge wird die Bundesrepublik im Mai 1955 - abgesehen von den Berliner und gesamtdeutschen Vorbehaltsrechten der Alliierten - ein souveräner Staat. Das Besatzungsstatut wird aufgehoben und die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in die NATO aufgenommen. Zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Nazi-Regimes ist die Bundesrepublik ein gleichberechtigter Partner im Bündnis der freien Welt.

Auf lange Sicht kaum weniger wichtig: Adenauer ist es mit den Pariser Verträgen gelungen, die drei Westmächte auf eine fortdauernde Selbstverpflichtung zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit festzulegen: Art. 7 des Deutschlandvertrags nennt als „gemeinsames Ziel“ ausdrücklich „ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“. - Dreieinhalb Jahrzehnte später werden die USA, Großbritannien und Frankreich diese vertragliche und politisch-moralische Verpflichtung gegenüber der Bundesregierung Kohl/Genscher einlösen.

Erste Regierungserklärung Willy Brandts

Am 28. Oktober 1969 - heute vor 25 Jahren - gibt Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) vor dem Deutschen Bundestag seine erste Regierungserklärung ab. Nachdem die Wahlen genau einen Monat zuvor, am 28. September 1969, eine knappe Mehrheit für ein Bündnis von SPD und FDP ergeben haben, hat Brandt (bis dahin Außenminister und Vizekanzler in der seit 1966 regierenden Großen Koalition), gemeinsam mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel die Bildung einer „sozialliberalen“ Regierung verabredet.

Seine mit Spannung erwartete Regierungserklärung stellt er unter das Motto: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Er kündigt ein innenpolitisches Reformprogramm sowie umfangreiche Bemühungen um eine gesellschaftspolitische Erneuerung an. Gleichzeitig betont er jedoch die Kontinuität seiner künftigen Regierungspolitik: „Unser Respekt gebührt dem, was in den vergangenen Jahren geleistet worden ist . . . Ich nenne die Namen Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher, stellvertretend für viele, mit denen die Bundesrepublik Deutschland einen Weg zurückgelegt hat, auf den sie stolz sein kann.“

„Die Außenpolitik dieser Bundesregierung“, sagt der neue Kanzler ausdrücklich, „knüpft an die Friedensnote vom März 1966 und die Regierungserklärung vom Dezember 1966 an“. Die Regierung werde innerhalb der NATO die bisherige Politik fortsetzen und auf ausgewogene Truppenreduzierung und Rüstungsbeschränkung hinwirken.

Vergleichsweise vorsichtig äußert sich Brandt zu jenem Komplex, der schon bald - und auch in der zeitgeschichtlichen Rückschau - zum eigentlichen Markenzeichen seiner Regierung werden wird: der „neuen Ostpolitik“. Er kündigt Verhandlungen mit Moskau und Warschau mit dem Ziel bilateraler Verträge an und stellt dem Ministerrat der DDR „Verhandlungen, beiderseits ohne Diskriminierung“ in Aussicht, die ebenfalls zu einer vertraglich abgesicherten Zusammenarbeit führen sollen. Ihm geht es um ein „geregelttes Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten und darüber hinaus um eine Entspannung im Ost-West-Verhältnis insgesamt. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung komme jedoch nicht in Betracht, sagt der Bundeskanzler. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existierten, seien sie doch füreinander nicht Ausland; „ihre Beziehungen können nur von besonderer Art sein“. Niemand könne den Deutschen ausreden, daß auch sie ein Recht auf Selbstbestimmung hätten. Es gelte, auch unter der staatlichen Teilung die Einheit der Nation zu wahren und sie durch verbesserte Möglichkeiten menschlicher Begegnungen zu fördern.

In den Verträgen von Moskau und Warschau erklärt die Bundesregierung 1970 auf der Grundlage des Gewaltverzichts die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa, betont aber gleichzeitig, daß sie am politischen Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands festhält. Für seine Bemühungen um die Sicherung des Friedens erhält Bundeskanzler Brandt im Jahre 1971 den Friedensnobelpreis.

Flüchtlingsswelle aus der DDR

Am 29. Oktober 1949 - heute vor 45 Jahren - melden Zeitungen im Westen einen anhaltenden Massenexodus aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Täglich überschreiten mehr als 1.000 Menschen die Grenze nach Westdeutschland, weil sie in ihrer Heimat keine Lebensgrundlage mehr sehen oder sogar um ihre persönliche Sicherheit fürchten. Seit Errichtung der „Deutschen Demokratischen Republik“ am 7. Oktober 1949 ist die schon seit dem Sommer registrierte Flüchtlingswelle nochmals angestiegen; allein für diesen „Gründungsmonat“ der DDR rechnen die Flüchtlingsverwaltungen in den westlichen Bundesländern mit rund 30.000 Übersiedlern. Diese lassen sich auch durch die Berichte über Wohnungs- und Versorgungsmängel im Westen Deutschlands nicht abschrecken, wo über neun Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge ohnehin kaum lösbare Probleme geschaffen haben.

Wie sich die Bilder gleichen: 40 Jahre später dieselben Berichte in westdeutschen Zeitungen, nur daß Ende Oktober 1989 - also heute vor fünf Jahren - die Zahl der Menschen, die Tag für Tag aus der DDR in die Bundesrepublik flüchten, noch deutlich höher liegt. Manchmal sind es mehrere Tausend, die innerhalb von nur 24 Stunden in den Westen Deutschlands hereinströmen. Allein im Monat November 1989 durchlaufen nach Angaben des Bundesinnenministeriums mehr als 133.000 Übersiedler aus der DDR ein Aufnahmeverfahren in der Bundesrepublik.

So schlägt sich ein Bogen über 40 Jahre hinweg - vom Anfang bis zum Ende der SED-Herrschaft. Genau wie es im Oktober 1949 mit Gründung der DDR begonnen hat, so endet es auch in den letzten Wochen der zum Untergang verurteilten SED-Alleinherrschaft Honeckers und seiner kurzzeitigen Nachfolger: Die sprichwörtliche „Abstimmung mit den Füßen“ ist das herausragende Kontinuum der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. - Schon 1950 fliehen 198.000 Menschen in den Westen, 1951 sind es mehr als 165.000, 1952 über 182.000 und 1953, im Jahr des Aufstands des 17. Juni, nahezu 332.000. Im Revolutionsjahr 1989 werden es rund 344.000 sein, und allein im Januar 1990 folgen ihnen weitere 58.000 Menschen auf dem Weg in den Westen; bis zum 15. März 1990 explodiert ihre Zahl auf 142.000. Dann erst geht die Abwanderung aus dem Osten Deutschlands rapide zurück - seit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 haben die Menschen nämlich eine begründete Aussicht darauf, daß die deutsche Einheit schon bald Wirklichkeit werden wird.

Besatzungstruppen räumen Bonn

Am 30. Oktober 1949 - heute vor 45 Jahren - räumen die letzten belgischen Besatzungstruppen das Stadtgebiet von Bonn. Sie sind dort stellvertretend und im Auftrag der Briten stationiert gewesen, zu deren Besatzungszone die rheinische Universitätsstadt gehört. Nachdem Bonn durch Beschluß des Parlamentarischen Rats zur provisorischen Hauptstadt der eben ins Leben getretenen Bundesrepublik Deutschland erhoben worden ist, haben die alliierten Hohen Kommissare die Entscheidung getroffen, den Sitz von Bundestag und Bundesregierung zu einer besatzungsfreien Zone zu erklären. Mit dem Abzug der belgischen Soldaten ist diese Anordnung wirksam geworden. Bonn ist damit das einzige besatzungsfreie Gebiet im geteilten Nachkriegsdeutschland.

Aber es wird noch fast 45 Jahre dauern, bis auch der letzte ausländische Soldat, dessen Stationierung auf deutschem Boden seine Ursachen in der bedingungslosen Kapitulation des Nazi-Regimes im Mai 1945 und in der anschließenden Aufteilung Deutschlands in militärische Besatzungszonen der vier alliierten Siegermächte hat, in seine Heimat zurückgekehrt ist. Und auch dies ist überhaupt erst dadurch in den Bereich des Möglichen gerückt, daß die friedliche Revolution in der DDR und in allen anderen ehemaligen „Ostblockstaaten“ zu einer fundamentalen Veränderung der europäischen Landkarte geführt hat. Erst die Epochenwende von 1989/90 und die politischen Chancen, die sich daraus für ein ebenso zielstrebiges wie besonnenes Handeln ergeben haben, konnten die Frage nach dem Abzug der Roten Armee aus dem Zentrum Deutschlands und Mitteleuropas überhaupt auf die Tagesordnung bringen. Die einvernehmliche und friedliche Lösung auch dieses besonders brisanten und emotionsgeladenen Themas geht auf das historische Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Juli 1990 in Moskau und im Kaukasus zurück. Hier werden die Grundlagen für den anschließenden Aufenthalts- und Abzugsvertrag gelegt, der die Modalitäten der Operation im Detail regelt (zur Erinnerung: Anfang Oktober 1990 sind noch immer rund 550.000 Soldaten und Zivilpersonen der sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland stationiert). Diese Abmachungen hat Bundeskanzler Kohl sämtlich noch mit dem Präsidenten der Sowjetunion getroffen; daß sie trotz des zwischenzeitlichen Verschwindens der UdSSR von der Landkarte und trotz aller Umwälzungen und Brüche in Rußland und den anderen Nachfolgestaaten Bestand gehabt haben und pünktlich und korrekt erfüllt worden sind, stellt vor allem den Verantwortlichen in Moskau und Bonn ein hervorragendes politisches Zeugnis aus.

Auf diese Weise hat sich der Kreis gerundet: von dem bedingten Abrücken einer kleinen belgischen Einheit aus Bonn bis zum Abzug der letzten russischen Truppen aus dem Gebiet der früheren DDR und ihrer feierlichen Verabschiedung am 31. August dieses Jahres in der alten und neuen Hauptstadt Berlin.

Die Bundesrepublik nimmt am Marshallplan teil

Am 31. Oktober 1949 - heute vor 45 Jahren - wird die Bundesrepublik Deutschland Mitglied in der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC). Was für den Rest der Welt nur eine politische Fußnote bedeutet, ist für den eben gegründeten westdeutschen Teilstaat eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit. Denn die OEEC ist eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um die amerikanischen Marshallplan-Gelder in Europa zu verteilen. Für die Bundesrepublik bedeutet die Aufnahme in die Verteiler-Organisation der ERP-Mittel (ERP = European Recovery Plan) deshalb in zweierlei Hinsicht einen bemerkenswerten Schritt nach vorn: zum einen handelt es sich um den allerersten Terraingewinn in Sachen Souveränität und internationale Anerkennung, zum andern avanciert Westdeutschland von einem bloßen Empfänger der Marshallplan-Hilfe zu einem selbständig mitwirkenden Teilnehmerstaat. Für die Menschen in den drei Westzonen ist es eine wichtige Erfahrung, daß zum erstenmal seit vielen Jahren dem offiziellen Abgesandten eines deutschen Staates im Ausland freundliche Begrüßungsworte zuteil werden. Aus Anlaß der offiziellen Aufnahme in die OEEC ist in Vertretung von Bundeskanzler Konrad Adenauer heute vor 45 Jahren der Vizekanzler und zuständige ERP-Bundesminister Franz Blücher (FDP) nach Paris gereist; er sitzt im Kreis der Westeuropäer und Nordamerikaner hinter dem Schildchen mit der Aufschrift „Allemagne“ mit am Tisch und wird vom belgischen Außenminister van Zeeland mit den Worten begrüßt: „Ich freue mich, daß der Vertreter der deutschen Bundesrepublik heute als gleichberechtigter Partner unserer Organisation zugegen ist.“ Blücher dankt für die „herzlichen Worte“ und erklärt: „Es ist der feste Wille der Bundesregierung, den Marshall-Plan als ein Mittel zu betrachten, um die wirtschaftliche Einheit Europas stufenweise zu erreichen.“

Die gleichberechtigte Mitwirkung Westdeutschlands bei der Verteilung der ERP-Mittel und bei den Bemühungen um eine zunehmende Liberalisierung und Verzahnung der westeuropäischen Volkswirtschaften bildet den Auftakt jenes Prozesses, der in den folgenden Jahren zur schrittweisen Einbeziehung der Bundesrepublik in das europäische Wirtschaftsgefüge führt und gleichzeitig eine wachsende politische Anerkennung für die Regierung in Bonn mit sich bringt.

Und was den Marshall-Plan selbst angeht, so ist schon den Zeitgenossen bewußt, daß das amerikanische ERP-Programm mit seiner breit angelegten Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus - neben der Währungsreform und der Sozialen Marktwirtschaft - zu jenen Faktoren gehört, die das bald darauf in Westdeutschland einsetzende „Wirtschaftswunder“ überhaupt erst möglich machen.